



Bericht der Frühjahrsession 2025

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat muss konkrete Massnahmen ergreifen, um dem zunehmenden Mangel an Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz entgegenzuwirken. In der Frühjahrsession hat das Parlament ihn mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs beauftragt, der die Ausbildung einer ausreichenden Anzahl von Ärztinnen und Ärzten, insbesondere im Bereich der Allgemeinmedizin, gewährleisten soll. Entscheidend wird die Frage sein, ob dazu an den Universitäten und in den Spitälern genügend Ausbildungs- und Praktikumsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Die Annahme der entsprechenden Motion in beiden Räten erfolgt im Kontext der angespannten Lage der Bundesfinanzen und des damit verbundenen Entlastungspakets 2027. Letzteres sieht eine drastische Kürzung der Grundbeiträge und der projektgebundenen Beiträge an die kantonalen Hochschulen vor, was die Umsetzung dieser Motion erschweren könnte. Ohne die notwendigen finanziellen Ressourcen wird eine weitere Steigerung der Ausbildungsabschlüsse in Medizin kaum möglich sein. Bei der Behandlung der Entlastungsmassnahmen sollte das Parlament darauf achten, dass sein Auftrag zur Eindämmung des Ärztemangels in der Schweiz auch tatsächlich umgesetzt werden kann.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE UND NEUIGKEITEN IM PARLAMENT

Der Bundesrat muss sicherstellen, dass in der Schweiz genügend Ärztinnen und Ärzte ausgebildet werden

Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat die Motion «Mangel an Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz. Vorbeugen ist besser als Heilen!» (23.3854) mit 31 zu 13

Stimmen angenommen. Damit beauftragen die beiden Kammern den Bundesrat, einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten, der die Ausbildung einer ausreichenden Anzahl von Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz sicherstellt. Hauptziel der Motion ist es, die Anzahl der Studien- und Praktikumsplätze in der Humanmedizin sowohl an den Universitäten als auch in den Spitälern zu erhöhen. Mit der Annahme der Motion folgte die kleine Kammer der Empfehlung ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S). Diese wollte der Ausbildung von Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmedizinern besondere Aufmerksamkeit widmen, um auf den zunehmenden Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten zu reagieren. Eine Minderheit der WBK-S sowie der Bundesrat empfahlen, die Motion abzulehnen. Sie waren der Ansicht, dass bereits ausreichende Massnahmen umgesetzt würden und die Frage hauptsächlich in die Zuständigkeit der Kantone falle.

Um dem Mangel an Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmedizinern entgegenzuwirken, hat der Ständerat auch die Motion «KVG. Stärkung der Grundversorgung dank eines besseren Angebots an Hausärztinnen und Hausärzten» (**22.4357**) mit 35 zu 10 Stimmen angenommen. Das Parlament beauftragt somit den Bundesrat, das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) zu revidieren, um die Tarife für die Leistungen von Hausärztinnen und Hausärzten für die Versicherten kostenneutral zu erhöhen, was den Hausarztberuf wieder attraktiver machen soll. Der Nationalrat hatte diese Motion in der Sommersession 2024 mit 158 zu 20 Stimmen bei 11 Enthaltungen bereits mit grosser Mehrheit angenommen.



Protokoll der Sitzung des Ständerats vom 19. März 2025

Nationalrat will das Gentechnik-Moratorium bis 2030 verlängern

Der Nationalrat hat mit 153 zu 42 Stimmen bei einer Enthaltung einer Verlängerung des bestehenden Moratoriums für den Anbau gentechnisch veränderter Organismen (**24.443**) um fünf Jahre bis Ende Dezember 2030 zugestimmt. Die von der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) ausgearbeitete Vorlage hatte ursprünglich eine Verlängerung des Moratoriums bis Ende 2027 vorgesehen. Der Bundesrat sprach sich in der Folge aber für eine längere Frist von fünf Jahren aus, womit sich die Mehrheit der WBK-N einverstanden erklärte. Mit der Verlängerung soll ausreichend Zeit geschaffen werden, um ein Spezialgesetz für den risikobasierten Umgang mit neuen Züchtungsmethoden zu verabschieden. Der Antrag einer Kommissionsminderheit, die sich für eine Differenzierung zwischen klassischer Gentechnik und neuen Methoden einsetzte und an der ursprünglichen Vorlage festhalten wollte, wurde vom Nationalrat abgelehnt. Als Nächstes muss der Ständerat über die Laufzeit des Moratoriums entscheiden.



Forschungsförderungsinstrument SWEETER mit BFI-Botschaften harmonisiert

Im Rahmen der Differenzbereinigung haben sich National- und Ständerat mit der Vorlage «Forschungsförderungsinstrument SWEETER (SWiss research for the EnErgy Transition and Emissions Reduction) für die Jahre 2025-2036» (**24.028**) befasst. Mit diesem Rahmenkredit will der Bundesrat zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und des Übergangs zu einer klimafreundlichen Energieproduktion zusätzliche finanzielle Mittel in die Energieforschung investieren. Der Ständerat hat mit 28 zu 16 Stimmen einer Harmonisierung des Kredits mit der vierjährigen Periode der Botschaften zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaften) zugestimmt. Der ursprünglich auf die Jahre 2025-2036 ausgelegte Verpflichtungskredit von 106,8 Millionen Franken wird somit auf die Jahre 2025-2028 und einen Betrag von 35,6 Millionen Franken reduziert. Die restlichen Mittel werden ab der BFI-Periode 2029-2032 vollumfänglich im Rahmen der BFI-Botschaften kompensiert. Damit ist die kleine Kammer dem Nationalrat entgegengekommen, der zuvor mit 109 zu 82 Stimmen an dieser Begrenzung des Rahmenkredits festgehalten hatte.



Protokoll der Sitzung des Nationalrates vom 6. März 2025



Protokoll der Sitzung des Ständerates vom 11. März 2025

AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMENTARIERINNEN UND PARLAMENTARIER ...



... im Ständerat mit 37 zu 0 Stimmen bei zwei Enthaltungen die Kommissionsmotion «Umfassende Kooperation mit der EU im Weltraumbereich» (**24.3476**) angenommen. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-N) beauftragt den Bundesrat, ein neues Verhandlungsmandat für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der EU im Weltraumbereich auszuarbeiten. Der Bundesrat soll diese Diskussionen jedoch ausserhalb des vorliegenden Pakets der «Bilateralen III» führen, um dieses Verhandlungsmandat nicht zu überladen.

... im Ständerat das Kommissionspostulat «Nationale Massnahmen zur



Stärkung des Space-Sektors» (**24.3821**) stillschweigend angenommen. Damit beauftragt die kleine Kammer den Bundesrat, einen Bericht auszuarbeiten, in dem er zusätzliche Massnahmen zur Stärkung des Weltraumbereichs im Interesse der Wirtschaft, der Sicherheit und der Verteidigung aufzeigt. Insbesondere soll die Nutzung von Raumdaten in den Bereichen Landwirtschaft, Klimaschutz und Schutz vor Naturgefahren verbessert werden. Der Bundesrat soll zudem die Möglichkeit prüfen, im Rahmen des geplanten Bundesgesetzes über die Raumfahrt ein nationales Kompetenzzentrum zu schaffen.



...im Ständerat beim Movetiagesetz (**23.072**) auf Antrag der WBK-S mit 35 zu 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen zum zweiten Mal Nichteintreten beschlossen. In der Herbstsession 2024 hatte sich der Nationalrat noch für eine Revision des Movetiagesetzes ausgesprochen. Movetia, die nationale Agentur für die Förderung von Austausch und Mobilität im Bildungsbereich, wird somit nicht in eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes umgewandelt. Die Mehrheit des Ständerates begründete ihren Nichteintretensentscheid mit der bewährten Funktionsweise der Agentur sowie der Befürchtung, dass sich deren Aufgaben von den Kantonen zum Bund verschieben könnten. Das Geschäft ist damit erledigt.



...im Ständerat das Postulat «Gesundheitsförderung und Prävention intensivieren durch eine entsprechende Fachausbildung für Gesundheitsfachleute» (**24.4413**) mit 25 zu 14 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Die kleine Kammer beauftragt den Bundesrat, Massnahmen zum Ausbau der Kompetenzen von Gesundheitsfachleuten im Bereich der Gesundheitsförderung und der Prävention zu prüfen. Dabei sollen auch die Unterstützung interdisziplinärer Initiativen sowie die Bereitstellung spezifischer Ressourcen berücksichtigt werden.



...im Ständerat das Postulat «Ausfuhr von Psychedelika für internationale Forschung und therapeutische Anwendungen ermöglichen» (**24.3072**) stillschweigend angenommen. Der Bundesrat wird somit beauftragt, durch eine Anpassung des Betäubungsmittelgesetzes die Ausstellung von Ausnahmegewilligungen für die Ausfuhr von Betäubungsmitteln zu ermöglichen. Bisher ist dies lediglich für den Anbau, die Einfuhr, die Herstellung und die Inverkehrbringung von Betäubungsmitteln möglich.



...im Nationalrat die gleichlautenden Standesinitiativen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft «Die Digitalisierung des Schweizer Gesundheitswesens vorantreiben. Datenbasiertes Ökosystem für Forschung und Gesellschaft entwickeln» (**22.313** und **22.318**) stillschweigend abgeschlossen. Nach dem Ständerat war auch die grosse Kammer der Ansicht, dass die Forderungen der beiden Initiativen zur Digitalisierung von

Gesundheitsdaten bereits im Rahmen des Programms DigiSanté erfüllt wurden (23.076). Die beiden Geschäfte sind somit erledigt.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTET

Sicherstellung der Finanzierung der unabhängigen klinischen Krebsforschung in der Schweiz

Interpellation (24.4315) von Ständerätin Marianne Binder-Keller (Mitte).
Der Bundesrat hat am 19. Februar 2025 darauf geantwortet.

Kostennutzenanalyse einer Assoziierung der Schweiz an Erasmus+ im Vergleich zum Schweizer Programm Movetia.

Postulat (24.4345) von Nationalrätin Katja Christ (GLP).
Der Bundesrat hat am 12. Februar 2025 die Annahme der Motion beantragt.

Globale Talente unerwünscht? Konsequenzen der neuen ETH-Prüfkriterien.

Interpellation (24.4364) von Nationalrätin Anna Rosenwasser (SP).
Der Bundesrat hat am 26. Februar 2025 darauf geantwortet.

Wie fördert die Schweiz die Forschung zur Sicherheit von Chemikalien?

Interpellation (24.4417) von Nationalrätin Nadine Masshardt (SP).
Der Bundesrat hat am 26. Februar 2025 darauf geantwortet.

ETH-Bereich: Gestaltung neuer Strukturen wirklich nötig?

Interpellation (24.4443) von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP).
Der Bundesrat hat am 19. Februar 2025 darauf geantwortet.

Indirekte Anerkennung von Diplomen bei Medizinalberufen: Vereinfachung und Beschleunigung.

Motion (24.4409) von Nationalrat Christian Lohr (Mitte).
Der Bundesrat hat am 12. Februar 2025 die Ablehnung der Motion beantragt.



Einsatz Quantum Safe/Quantensichere Kryptografie beim Bund.

Interpellation (24.4398) von Nationalrat Marcel Dobler (FDP).
Der Bundesrat hat am 19. Februar 2025 darauf geantwortet.



Nationales Bildungsmonitoring auf der Sekundarstufe II.

Postulat (24.4426) von Nationalrätin Simona Brizzi (SP).
Der Bundesrat hat am 19. Februar 2025 die Annahme der Motion beantragt.



Ausbildung von Schweizer Ärzt:innen im europäischen Ausland und Folgefragen.

Interpellation (24.4456) von Nationalrat Cédric Wermuth (SP).
Der Bundesrat hat am 26. Februar 2025 darauf geantwortet.



Dem Fachkräftemangel in der Pflege begegnen.

Interpellation (24.4490) von Nationalrätin Ursula Zybach (SP).
Der Bundesrat hat am 12. Februar 2025 darauf geantwortet.



Quantencomputing: Positionierung der Schweiz als führender Standort für Quantencomputing und Innovation.

Postulat (24.4511) von Nationalrätin Katja Christ (GLP).
Der Bundesrat hat am 26. Februar 2025 die Annahme des Postulats beantragt.



Arbeitsmarktnahe Massnahmen zur Förderung relevanter KI-Kompetenzen für die Erwerbsbevölkerung.

Postulat (24.4522) von Nationalrat Dominik Blunschy (Mitte).
Der Bundesrat hat am 19. Februar 2025 die Ablehnung des Postulats beantragt.

➤ Rückzahlung der Ausbildungs- und Studienkosten als Anreiz für höheres Pensum.

Motion (24.4637) von Nationalrat Andreas Gafner (SVP).
Der Bundesrat hat am 26. Februar 2025 die Ablehnung der Motion beantragt.

➤ Alternativen zu Tierversuchen: Forschungsstandort Schweiz stärken!

Postulat (24.4695) von Nationalrätin Meret Schneider (Grüne).
Der Bundesrat hat am 19. Februar 2025 die Ablehnung des Postulats beantragt.

➤ Sucht der Bund nach einer Strategie zur Verringerung der Tierversuche?

Interpellation (24.4696) von Nationalrätin Meret Schneider (Grüne).
Der Bundesrat hat am 26. Februar 2025 darauf geantwortet.

➤ Nationales Forschungsprogramm für Organs on a Chip.

Motion (24.4697) von Nationalrätin Meret Schneider (Grüne).
Der Bundesrat hat am 26. Februar 2025 die Ablehnung der Motion beantragt.

➤ Besserer Schutz des geistigen Eigentums vor KI-Missbrauch.

Motion (24.4596) von Ständerätin Petra Gössi (FDP).
Der Bundesrat hat am 19. Februar 2025 die Annahme der Motion beantragt.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

➤ Mehr Beteiligung, bessere Digitalisierung.

Motion (25.3259) von Ständerat Matthias Michel (FDP).

Eingereicht am 21. März 2025.

➤ **Spitzenforscher anwerben.**

Motion (25.3254) von Ständerat Baptiste Hurni (SP).

Eingereicht am 21. März 2025.

➤ **Schluss mit dem Entlastungspaket 27.**

Motion (25.3412) von Nationalrätin Ursula Zybach (SP).

Eingereicht am 21. März 2025.

➤ **Schützt die Schweiz den freien Zugang zu sicheren und neuen Technologien hinreichend?**

Interpellation (25.3359) von Nationalrat Martin Candinas (Mitte).

Eingereicht am 21. März 2025.

➤ **«Transparenz bei Teilnahme an EU-Organisationen/EU-Programmen».**

Interpellation (25.3354) von Nationalrat Roman Hug (SVP).

Eingereicht am 21. März 2025.

➤ **Weiterentwicklung der Schweizer Pflanzenzüchtung mit und ohne Einsatz von Verfahren, die dem Gentechnikgesetz unterstellt sind.**

Interpellation (25.3348) von Nationalrat Kilian Baumann (Grüne).

Eingereicht am 21. März 2025.

➤ **Schutz vor Wissenschaftsspionage – Flächendeckende Sicherheitsprüfungen im Hochschulbereich.**

Motion (25.3315) von Nationalrat Reto Nause (Mitte).

Eingereicht am 21. März 2025.

Vertrauenswürdige KI durch qualitativ hochstehende



Datensätze stärken.

Postulat (25.3293) von Nationalrätin Katja Christ (GLP).
Eingereicht am 21. März 2025.



Nationale KI-Strategie und Roadmap für eine zukunftsfähige Schweiz.

Motion (25.3288) von Nationalrätin Katja Christ (GLP).
Eingereicht am 21. März 2025.



Mehr Beteiligung, bessere Digitalisierung.

Motion (25.3235) von Nationalrat Gerhard Andrey (Grüne).
Eingereicht am 20. März 2025.



Vernehmlassungsvorlage zum Entlastungspaket 27 / Änderung des Subventionsgesetzes: Auswirkungen und effektives Sparpotential.

Anfrage (25.1011) von Ständerätin Maya Graf (Grüne)
Eingereicht am 20. März 2025.



Flächendeckende und krisensichere Internetanbindung für öffentliche und private Nutzer durch den raschen Beitritt zu IRIS2 garantieren.

Interpellation (25.3190) von Nationalrat Fabian Molina (SP).
Eingereicht am 20. März 2025.



Zukunft des biomedizinischen Forschungsplatzes Schweiz.

Interpellation (25.3187) von Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (Mitte).
Eingereicht am 20. März 2025.



Wissenschaftliche Talente aus den USA anziehen: Welche Strategie verfolgt die Schweiz?

Interpellation (25.3161) von Nationalrat Alex Farinelli (FDP).
Eingereicht am 19. März 2025.

 **Einführung einer Innovationsfolgeabschätzung (IFA) zur Sicherstellung einer innovationsfreundlichen Gesetzgebung.**

Postulat (25.3156) von Nationalrätin Katja Christ (GLP).
Eingereicht am 19. März 2025.

 **Verbindlicher IKT-Minimalstandard zur Steigerung der Resilienz gegen Cyberbedrohungen in der Schweiz.**

Interpellation (25.3149) von Nationalrat Dominik Blunschy (Mitte).
Eingereicht am 19. März 2025.

 **Folgen der vom Bundesrat geforderten substanziellen Erhöhung von Studiengebühren in der Schweiz.**

Interpellation (25.3157) von Nationalrätin Katja Christ (GLP).
Eingereicht am 19. März 2025.

 **Nationale Strategie zur gerechten Finanzierung der kantonalen Universitäten.**

Postulat (25.3141) von Nationalrätin Katja Christ (GLP).
Eingereicht am 18. März 2025.

 **Mit Bedacht eine weltweite Knappheit auf dem Halbleitermarkt voraussehen.**

Interpellation (25.3103) von Ständerat Mauro Poggia (SVP).
Eingereicht am 13. März 2025.

 **Ein Abkommen mit der EU für „Woke“-Forschung dank Horizon?**

Interpellation (25.3076) von Nationalrat Nicolas Kolly (SVP).
Eingereicht 10 März 2025.



USA vs. CH: Beschränkung der Ausfuhr von amerikanischen KI-Chips in die Schweiz

Dringliche Anfrage (25.1000) von Nationalrat Simone Gianini (FDP).
Eingereicht am 4. März 2025.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Sie sind bei uns mit der E-Mail-Adresse eingetragen.

Sie möchten keine weiteren Informationen per E-Mail erhalten? **abmelden**

KONTAKT

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

25. März 2025
